

**Rede von Uli Schippels zu TOP 12:  
Erwachsenen- und Weiterbildung**  
25/2011

Sperrfrist Redebeginn.  
Es gilt das gesprochene Wort.

Kiel, 27. Januar 2011

Jannine Menger-Hamilton  
Pressesprecherin

**DIE LINKE** Fraktion im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02  
Telefax: 0431 / 9 88 16 18  
Mobil: 0160 / 90 55 65 09

presse@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

**Rede von Uli Schippels zu Erwachsenen- und Weiterbildung: „Die vierte Säule des Bildungssystems braucht ein solides finanzielles Fundament.“**

„Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Ich danke der SSW-Fraktion für die große Anfrage und ich danke auch für die Antwort der Landesregierung, eine entlarvende Antwort, wie ich meine. Sie dokumentieren in Ihrer Antwort zum Einen, wie wichtig Bildung, Weiterbildung, Erwachsenenbildung für uns, für unser Land ist. Da sind wir uns einig. Auf der anderen Seite kürzen Sie gnadenlos die Gelder, Sie gefährden die Existenz von Bildungseinrichtungen.

Trotz ihrer blumigen Reden und trotz Ihres Berichtes haben Sie die Gelder für Bildungsträger von über 3,6 Millionen um knapp 500.000 Euro gekürzt. 2012 kommt dann noch mal eine Kürzung dazu. DIE LINKE fordert deshalb umgehend die Wiederherstellung von akzeptablen Rahmenbedingungen, um die Erwachsenenbildung langfristig abzusichern: In der Fläche, nicht nur in den Zentren, unter Beibehaltung des bisherigen qualitativ guten und breitgefächerten Angebotes.

„Die Förderung der Erwachsenenbildung und der Volkshochschulen ist Aufgabe des Landes“, heißt es in der Verfassung des Landes. Erfüllen Sie diese Aufgabe und stellen Sie diese Aufgabe nicht unter Finanzierungsvorbehalt.

DIE LINKE fordert einen Stopp der regelmäßigen Kürzungen im Bereich der Erwachsenenbildung, wir wollen einen Pflock setzen. Wir wollen eine gesetzliche Mindesthöhe der Mittel, die den Trägern der Erwachsenenbildung jedes Jahr zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen eine Grundversorgung in unserem Land, die weit über dem liegt, was mit dem wenigen Geld – was Sie zur Verfügung stellen – möglich ist.

Niemand kann seine Arbeit vernünftig machen, wenn er oder sie damit rechnen muss, dass die Mittel gekürzt werden, schon gar nicht, wenn im laufenden Haushaltsjahr die Mittel gekürzt werden.

Die Folgen dieser Planungsunsicherheit werden auch auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Honorarkräfte erhalten Löhne von 15 Euro pro Stunde und müssen jegliche Sozialversicherungen allein tragen. Urlaub oder Krankheit bedeuten Lohnausfall. Meist haben diese Fachkräfte nicht mehr als 800 Euro zum Leben. Wenn ein Land so mit seinen Fachkräften umgeht, hat es den Titel Wissensgesellschaft ganz sicher nicht verdient.

Und die Forderung einer gesetzlichen Grundversorgung ist keineswegs eine realitätsferne. Denn derartige Regelungen gibt es bereits in anderen Bundesländern wie Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern oder Nordrhein-Westfalen.

Wie wir dem Bericht entnehmen konnten, gibt es einen Rückgang der Volkshochschulen, davon betroffen sind vor allem die ländlichen Gebiete, hier sind die Bildungsangebote besonders gefährdet. Auch diese Zahlen widersprechen den zumindest bekundeten Absichten der Landesregierung, die vierte Säule der Bildung zu stärken.

Die Träger sollen nun fehlende Landesmittel durch Mittel Dritter ausgleichen. Das gilt leider auch im Bereich des FÖJs. Es gibt eine besorgniserregende Tendenz hin zur Finanzierung durch Unternehmen und Stiftungen. Sie stellen sich als Landesregierung so aus Ihrer Verantwortung.

Meine Damen und Herren, Bildung muss sich nicht rechnen, Weiterbildung darf etwas kosten und das Land muss das finanzieren, ohne Wenn und Aber.

Ich möchte noch kurz auf die Zielgruppen und Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingehen. Hier wird deutlich, dass die Bildungsauslese einzelner Bevölkerungsgruppen auch in der vierten Säule der Bildung fortgesetzt wird. Sie räumen in Ihrer Antwort ein, dass bestimmte Gruppen unterrepräsentiert seien. Jedoch sehen Sie das Problem nicht in dem ausgrenzenden System selbst.

Wir müssen Bildungsschranken, wir müssen Zugangsschranken zur Bildung überall abbauen, und beginnen müssen wir in der frühkindlichen Bildung. Deshalb war es auch fatal, die Kostenbefreiung für das dritte Kita-Jahr wieder einzukassieren. Das ist kurzsichtig und bringt uns keinen Schritt weiter. Wir fordern deshalb, der gesamten Bevölkerung in allen Altersgruppen den Zugang zu Bildung und Kultur zu gewährleisten.

Außerdem finde ich es etwas fragwürdig, wenn das Ministerium in seinen Antworten fortlaufend Angebote preist, die im Rahmen des schwarz-gelben Haushalts soeben gekürzt wurden. Ich möchte dabei exemplarisch auf die Beratungsstelle „Frau & Beruf“ hinweisen. Sie loben die Einrichtung und kürzen die Mittel im Landeshaushalt. Das nimmt Ihnen doch niemand ab.

Meine Damen und Herren, Bildung ist das wichtigste Gut, das unser Land hat. Aus diesem Grund muss auch für die vierte Säule der Bildung eine nachhaltige Förderstrategie entwickelt werden. Willkürliche Kürzungen oder Privatisierungsbemühungen sind jedoch keine angemessenen Strategien.

Deshalb möchte ich noch einmal bekräftigen: Schaffen Sie die gesetzliche Grundlage für die Mindestförderung von Trägern der Erwachsenen- und Weiterbildung. Fördern Sie nachhaltig die Angebote auch im ländlichen Raum und schaffen Sie endlich die Voraussetzung für eine gerechte Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“